



Sitten, den 23. August 2006

MEDIENMITTEILUNG

Sanierung der Pensionskassen Beunruhigter ZMLB bereitet sich auf den Kampf vor

Die Dachgewerkschaft der öffentlichen Dienste im Wallis ist besorgt und enttäuscht. Einzige Reaktion auf ihre Forderungen ist Stillschweigen. Obwohl der ZMLB eine Konfrontation vermeiden möchte, ist er gezwungen, sich auf diese vorzubereiten. Eine Beschwerde ans Bundesgericht, die Geltendmachung der Verantwortung des Staates und ein mögliches Referendum werden vor den Delegierten zur Sprache kommen.

Weder ein Treffen mit dem Staatsrat noch die Zusammenkunft vom vergangenen Montag, dem 21. August, mit der parlamentarischen Kommission, welche damit beauftragt ist, die Debatte im Grossen Rat bezüglich der Sanierung der öffentlichen Pensionskassen vorzubereiten, haben an der bisherigen Lage etwas geändert. Der ZMLB steht trotz seiner Bemühungen mit leeren Händen da: Er erhielt keinerlei Garantie, dass seine Forderungen berücksichtigt werden; es wurde nicht einmal in Aussicht gestellt, dass er darüber verhandeln könnte. Das so genannte «partizipative Vorgehen» von dem die Regierung spricht, ähnelt je länger desto mehr einem «Sprecht nur weiterhin drauf los, wir werden jedoch das tun, was wir wollen.» Sogar gestellte Fragen werden nicht beantwortet. Anlässlich des Treffens mit der parlamentarischen Kommission fragte der ZMLB, ob das Ziel der Renten nach dem Jahre 2009 aufrechterhalten bleibe. Das einzige Echo auf diese doch einfache Frage war ein bedrückendes Stillschweigen.

Der Zentralverband ist darüber enttäuscht und beunruhigt, festzustellen, dass er vor verschlossenen Türen steht. Die Logik einer Konfrontation zeichnet sich je länger desto deutlicher ab. Der ZMLB muss sich darauf vorbereiten, um so die Interessen seiner 7500 Mitglieder zu verteidigen. Anlässlich der kommenden Versammlung wird er seinen Delegierten eine Reihe von Massnahmen zur Abstimmung unterbreiten: staatsrechtliche Beschwerde ans Bundesgericht, Geltendmachung der Verantwortlichkeit des Staates Wallis und Referendum. Und sollte schliesslich dies alles nicht genügen, wird der ZMLB seinen Mitgliedern empfehlen, individuell Beschwerden zu hinterlegen, was dazu führen könnte, den ganzen Sanierungsprozess zu lähmen.

Massvolle Forderungen

Der ZMLB verlangt doch nicht die Sterne vom Himmel. Er hat schon bedeutende Zugeständnisse gemacht, indem er der Erhöhung des Pensionierungsalters des Lehrpersonals und gewisser Beamten um zwei Jahre zugestimmt hat. Alles, was der ZMLB wünscht, ist die Aufrechterhaltung des Leistungsprimats sowie Übergangsbestimmungen, die sich auf zehn Jahre erstrecken und durch angemessene Begleitmassnahmen ergänzt werden. Er verlangt nichts anderes als einen sanften Übergang. Leider wird sein Aufruf weder von der Regierung noch vom Parlament gebührend zur Kenntnis genommen.

Zusätzliche Informationen: Michel Perruchoud, Generalsekretär des ZMLB, auf 079 701 73 63.